

## **Klimapolitik: Die große Simulation**

Der gegenwärtigen Klimaschutzpolitik fehlt jede naturwissenschaftliche Legitimation. Auch die oft als Beleg des Gegenteils herangezogenen Sachstandsberichte des IPCC bieten keine solche. Tauchen in diesen doch Begriffe wie „Klimakatastrophe“ oder „Klimakrise“ nicht auf – und das aus guten Gründen. Zielmarken wie „zwei Grad“ werden zwar behandelt, aber nicht eingefordert. Wer anderes behauptet, betreibt Desinformation. Oder hat die IPCC-Berichte nie selbst gelesen und ist politisch gefärbten Interpretationen Dritter aufgesessen.

Denn die zukünftige Entwicklung komplexer, rückgekoppelter und von zahlreichen inneren und äußeren Faktoren beeinflusster Systeme ist nicht vorhersehbar. Allein schon, weil man niemals die Anfangsbedingungen in ausreichendem Umfang und mit ausreichender Güte kennen kann, um einen Ist-Zustand in einer Genauigkeit zu definieren, die es wenigstens gestattet, bestimmte Tendenzen auszuschließen. Da hilft auch kein noch so mächtiger Computer, dessen diskrete Arbeitsweise zudem immer das Abschätzen von Vorgängen erfordert, die sich auf Skalen unterhalb der rechentechnisch möglichen Auflösung abspielen.

Manche Prozesse, beispielsweise den so wichtigen Vorgang der Wolkenbildung, hat man ohnehin noch nicht gut genug verstanden. Klimamodelle sind geeignete Werkzeuge für Laborexperimente. Sie unterstützen die Entschlüsselung von Zusammenhängen. Sie gestatten, die Reaktion eines virtuell konstruierten Klimasystems auf die Variation von Einflüssen und Mechanismen zu beobachten und diese mit der Realität zu vergleichen, um neue Hypothesen zu formulieren und zu prüfen. Auf diese Weise gelingt es beispielsweise, die anthropogenen Emissionen als wahrscheinliche Ursache des Temperaturanstiegs der letzten Jahrzehnte zu identifizieren. Aber Glaskugeln, die einen Blick in die Zukunft erlauben, sind Klimamodelle genau nicht.

Daher können Klimaforscher auf die Frage, ob denn mit einem wärmeren Klima höhere Risiken verbunden seien, selbstverständlich keine andere Antwort geben als ein wuchtiges „Vielleicht“. Das IPCC benennt die bestehenden Zweifel und Unsicherheiten bei allen Aussagen über künftige Entwicklungen deutlich. Manche Spekulationen sind trivial (mehr warme Tage, weniger kalte), manche klug begründet (weniger aber dafür stärkere Tornados) und manche fußen nur auf methodischem Raten (Artensterben durch Habitatverluste).

Doch ob man den Anstieg des Meeresspiegels betrachtet, ob Stürme, Überschwemmungen, Starkregen, Hitzewellen, Dürreperioden oder andere Extremwetterereignisse: An keiner Stelle erwähnt das IPCC Herausforderungen, die es nicht auch ohne einen menschgemachten Klimawandel gäbe. Wir kennen die destruktive Seite der Natur bereits zur Genüge und sind ihr längst nicht mehr hilflos ausgeliefert. Der herrschende Alarmismus hingegen ignoriert den Unterschied zwischen hypothetischen Risiken und realen Gefahren.

## **Hirngespinnste einer Wohlstandsgesellschaft**

Das in zahlreichen Publikumsmedien regelmäßig verbreitete Schreckgespenst einer vernichtenden Apokalypse ist ohnehin frei erfunden. Da anthropogene Emissionen von Treibhausgasen weder die Erdrotation, noch die Neigung der Erdachse, noch die Verteilung

von Land und Wasser oder die solare Einstrahlung betreffen, da zudem der denkbare Temperaturanstieg im globalen Mittel mindestens eine Größenordnung unter den jahreszeitlich wie alltäglich ohnehin auftretenden Schwankungen liegt, werden wirklich fundamentale Klimaänderungen ausbleiben.

Die als vermeintliches Klimaopfer populären „natürlichen“ Lebensgrundlagen sind Hirngespinnste einer Wohlstandsgesellschaft, die sich in Wahrheit weder von der Jagd noch von wilden Beeren ernährt. Für den Alltag der Menschen hat sich jedenfalls die in den letzten Jahrzehnten bereits erlebte Erwärmung der bodennahen Luftschichten als völlig irrelevant erwiesen. Technische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen prägen unsere Lebensumstände, nicht klimatische Faktoren.

Aus der Unmöglichkeit, die Zukunft in allen diesen Aspekten vorherzusagen, folgt zwingend die Unmöglichkeit, konkrete Zielstellungen für Klimaschutzanstrengungen zu formulieren. Ab welchem Punkt ein weiterer Temperaturanstieg zu dann potenziell unbeherrschbaren Risiken führt, vermag die Klimaforschung nicht zu sagen. Marken wie 1,5 oder zwei Grad sind daher genuin politischen Ursprungs. Sie beruhen einerseits auf dem Wunsch nach einfach zu kommunizierenden, kampagnenfähigen Symbolen. Und leiten sich andererseits aus der naiven Vorstellung ab, man müsse in der Bandbreite der Klimaschwankungen der letzten Jahrtausende verbleiben, um die Anpassungsfähigkeit der Menschen nicht zu überfordern. Wir spüren allerdings nicht imaginäre globale Mittelwerte, sondern konkrete Klimavariationen an den Orten, an denen wir leben. Die Ausbreitung unserer Zivilisation über alle Klimazonen hinweg belegt eine weit höhere Klimatoleranz, als sie sich in den Klimazielen widerspiegelt.

## **Lediglich Wahrscheinlichkeitsaussagen**

Aber was genau müssten wir eigentlich machen, damit 1,5 oder zwei Grad zumindest nicht durch anthropogene Emissionen überschritten werden? Man kann ja nicht Thermometer in die Zukunft schicken, dort ablesen und die Zeit bis dahin mehrfach durchlaufen, um verschiedene Lösungswege nacheinander zu testen. Nein, man ist auch in diesem Punkt auf Szenarien aus Klimamodellen angewiesen. Das IPCC wählt eine Reihe dieser Programme aus, die mit variierenden, aber durchaus plausiblen Klimaparametern und ebenfalls variierenden und ebenso plausiblen Emissionspfaden gefüttert werden.

Wenn nun ein bestimmter Emissionspfad bei zwei Dritteln aller Rechenläufe keine Temperaturerhöhung von über zwei oder 1,5 Grad zeigt, gilt dieser als mit dem jeweiligen Grenzwert vereinbar. Der Durchschnitt aller so kalkulierten, diese Bedingung erfüllenden Projektionen ergibt das noch zur Verfügung stehende globale Kohlendioxid-Budget. Es liegt (Stand 2018 gemäß jüngstem IPCC-Sonderbericht) bei 420 Milliarden Tonnen für 1,5 und bei 1.170 Milliarden Tonnen für zwei Grad. [Die Kohlendioxid-Uhr](#) des Berliner „Mercator-Instituts für globale Gemeingüter und den Klimawandel MCC“ zeigt, wie schnell diese Mengen ausgeschöpft sind, wenn der gegenwärtige Ausstoß an Treibhausgasen nicht vermindert wird.

Nur haben diese Werte keinen Bezug zur Realität. Sie stellen lediglich Wahrscheinlichkeitsaussagen über die gemittelten Ergebnisse von Simulationsrechnungen für unterschiedliche virtuelle Modellerden dar. Das MCC räumt dies mit der Formulierung ein, durch den Budgetansatz würden die Unsicherheiten verlagert: „Weg von der Wahrscheinlichkeit, das Temperaturziel einzuhalten – und hin zu der Wahrscheinlichkeit, dass die Modelle das Ziel einhalten.“ Anders ausgedrückt: Es wird in der wirklichen Welt

nicht zwingend zwei Grad wärmer, wenn wir das entsprechende Budget überschreiten. Und der Temperaturanstieg in der echten Atmosphäre stoppt auch nicht mit Sicherheit unter zwei Grad, wenn wir es nicht ausschöpfen. Ein an diesen Zielen orientierter Klimaschutz gleicht der vorausseilenden Verteilung von Parlamentssitzen gemäß den Durchschnittswerten von Meinungsumfragen, die lange im Vorfeld einer Wahl stattfanden.

Über seinen „Erfolg“ oder seine „Notwendigkeit“ kann überdies erst in der Rückschau entschieden werden, wenn die Zeit bis 2100 verstrichen ist. Bis dahin müssen Klimaschützer ganz fest glauben. An Klimamodelle und an den Untergang der Zivilisation, wenn in Berlin im Jahresmittel Temperaturen wie in München herrschen. Die Kluft zwischen diesem Glauben und dem tatsächlich möglichen Zukunftswissen vermag die Klimaforschung prinzipiell nicht zu schließen, ganz gleich, wie sehr man sie mit Fördermitteln päppelt. Selbst vollständige Kenntnisse über alle wirkenden Kräfte ändern nämlich nichts an der Nichtlinearität der Differentialgleichungen, die die Vorgänge in der Atmosphäre und den Ozeanen beschreiben. Trotz zunehmendem Detaillierungsgrad der Voraussagen wird deren Eintrittswahrscheinlichkeit daher immer schwerer bezifferbar. Typisch für [„deterministisch chaotische“](#) Gebilde, zu denen auch das irdische Klimasystem zählt.

### **Ein perfider Angriff auf die Wissenschaft selbst**

Dennoch übergeben Klimapolitiker die Entscheidungshoheit über den Gestaltungsrahmen ihrer Konzepte bereitwillig an eine kleine Gruppe nach eigenem Gutdünken agierender Forscher und Programmierer. Die wahrscheinlich die genaue Arbeitsweise ihrer über Jahrzehnte gewachsenen Algorithmen selbst nicht mehr komplett durchschauen, mit denen sie hochgerechnete Temperaturanstiege in Treibhausgasmengen verwandeln. Denen trotzdem die Autorität zugewiesen wird, jene massiven Eingriffe in unsere individuelle Freiheit zu induzieren und in Teilen sogar zu formen, die eine sich virtuell wirksamen und daher substantiellen Emissionsminderungen unterwerfende Regierung vornehmen muss.

Die Politik entledigt sich auf diese Weise der Notwendigkeit, ihre Konzepte dem Feuer einer ergebnisoffenen Debatte auszusetzen. Der Verweis auf „die Wissenschaft“ als letztgültige Instanz gestattet es, in Kohlendioxidbudgets gegossene Klimaziele als sakrosankt darzustellen und jedem Zweifler die Glaubwürdigkeit ohne Berücksichtigung seiner Argumente abzusprechen. Das umgeht nicht nur die Mitspracherechte der Bevölkerung, es handelt sich auch um einen perfiden Angriff auf die Wissenschaft selbst.

Denn in der Übertragung des Primats der Politik auf die Klimaforschung stecken implizit die Aufforderungen, sich erstens auf den gegenwärtigen Stand der Erkenntnis als nicht mehr veränderbares Dogma festzulegen und zweitens das übliche Verschweigen von Unsicherheiten weiterhin zu dulden. Sich dem zu fügen, garantiert Prominenz und Anerkennung in der Aufmerksamkeitsökonomie dieser Tage. Eine Verlockung, der leider allzu viele Forscher nicht widerstehen können.

Offensichtlich prallen hier zwei inkompatible Sphären aufeinander. Politik als Kunst des werte- und interessengetriebenen Ausgleichs zwischen unterschiedlichen Ansichten darf sich nicht von den einer werte- und interessenfreien Methodik verpflichteten empirischen Naturwissenschaften determinieren lassen. Andernfalls kastrieren sich beide gegenseitig. Die Kernphysik urteilt nun einmal nicht über die Verwendung der Kernenergie. Unser Wissen über die Funktionen der Erbsubstanz entscheidet weder über den Einsatz von grüner Gentechnik noch über die Vertretbarkeit fortpflanzungsmedizinischer Innovationen. So wenig, wie Verhaltensforscher Tierschutzgesetze formulieren oder Evolutionsbiologen den

Sozialstaat gestalten, sollten Klimaforscher die Ausrichtung der Klimapolitik festlegen. Denn die These, Emissionsminderungen seien unumgänglich, können sie niemals beweisen.

Wirklich hilfreich wären die IPCC-Berichte stattdessen für eine Debatte über die Sinnhaftigkeit und den Nutzen von Emissionsminderungen. Und wenn diese in die demokratische Entscheidung mündet, Klimaschutz doch besser zu unterlassen, ist diese in demselben Maße wissenschaftlich fundiert wie ihr Gegenteil.

Foto: [Tim Maxeiner](#)

**Sie lesen gern Achgut.com?  
Zeigen Sie Ihre Wertschätzung!**

[via Direktüberweisung](#)